

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Mittwoch, den 23. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Die Unfallverhütung.

Die Zahl der Unfälle ist seit einer Reihe von Jahren ständig und ganz gewaltig gewachsen, und zwar nicht nur absolut, sondern auch relativ. Die Steigerung hält auch immer noch an, und die Frage der Unfallverhütung ist so brennend wie nur je zuvor. Heute sind rund 22 Millionen Personen gegen Unfall versichert, gegen 13,6 Millionen im Jahre 1890, und im Jahre 1907 wurden 148 379 755 Mark Entschädigungsbeträge in der Unfallversicherung bezahlt, gegen 20 075 545 Mark im Jahre 1890. Die Unfallversicherung umfaßt also heute bereits einen großen Personenkreis, aber die Zunahme der Maschinenarbeit und vor allem auch die intensivere Arbeitsweise vergrößern auch immer mehr die Unfallgefahr. Deutlicher als in der Zunahme der gezahlten Entschädigungsbeträge — in denen ja auch die Renten der in früheren Jahren Verunglückten enthalten sind — kommt dies dadurch zum Ausdruck, daß im Jahre 1890 auf 1000 Versicherte nur 14,52 angemeldete Unfälle kamen, im Jahre 1907 aber bereits 31,16, so daß die Zunahme der jährlichen Unfälle in der genannten Zeit von 198 706 auf 659 833 relativ mehr als eine Verdoppelung der Unfälle bedeutet. Das gleiche Bild gibt ein Vergleich der erstmalig entschädigten Unfälle, die also schwerere Art waren, sie stiegen von 3,03 auf 1000 Versicherte im Jahre 1890 auf 6,77 im Jahre 1907. Daß im Interesse der Arbeiter dieser zunehmenden Unfallgefahr entgegenzuwirken muß, ist selbstverständlich, um so mehr aber auch, als die Berufsgenossenschaften immer rücksichtslosere Mittel anwenden, um die Rentenansprüche der Verunglückten zu hinterziehen.

Die auffälligste Erscheinung ist die Zunahme der Unfälle in der Landwirtschaft. Während bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1890 auf 1000 Versicherte erst 3,98 angemeldete Unfälle kamen, waren es im Jahre 1907 schon 12,69, und die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist in der gleichen Zeit von 1,55 auf 5,60 auf 1000 Versicherte gestiegen. Das heißt, die Unfälle sind heute in der Landwirtschaft relativ fast viermal so zahlreich als 1890! Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg die Zahl der Unfälle pro 1000 Versicherte von 29,91 auf 51,59 und die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist von 5,29 auf 8,36 auf 1000 Versicherte angewachsen. Die Steigerung bedeutet also noch keine Verdoppelung, während sich in der Landwirtschaft die Unfälle vervierfacht haben.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben ja nun auch in den letzten Jahren strenge Revisionen in den landwirtschaftlichen Betrieben vornehmen lassen, und zahlreiche Bestrafungen sind ergangen wegen Nichtbeachtens der Unfallverhütungsvorschriften. Die Unfälle haben dadurch nicht abgenommen. Denn wenn nicht eine ständige Überwachung der Betriebe stattfindet, hat die einmalige Revision wenig zu bedeuten. Eine andere oder wenigstens ebenso gute ständige Überwachung der Betriebe als die durch die Arbeiter selbst gibt es aber nicht. Deshalb sehen wir auch, daß in jenen Industriezweigen, in denen die Arbeiter gut organisiert sind, die Unfälle am wenigsten zugenommen haben, trotz vermehrter Maschinenarbeit. In der Holzberufsgenossenschaft z. B. kamen 1890 auf 1000 Versicherte 31,13 angemeldete Unfälle, im Jahre 1907 47,72. Die Steigerung ist also gar nicht zu vergleichen mit der gewaltigen Zunahme in der Landwirtschaft. Neben der Überwachung der Betriebe und der Unfallverhütungsvorschriften kommt aber auch die Intelligenz der Arbeiter in Betracht. In der Landwirtschaft werden immer mehr Arbeiter aus Ländern mit niedriger Kultur beschäftigt, Galizier, Russen usw., die der Maschinenarbeit nicht gewachsen sind, aber auch im allgemeinen infolge ihrer mangelnden Intelligenz sich leichter Verletzungen zuziehen. Das wichtigste Mittel, den Unfällen entgegen zu wirken, sind also die Organisationen der Arbeiter, welche eine ständige Kontrolle über die Betriebe ausüben, aber auch, und das ist anerkannt, eine höhere Intelligenz der Arbeiter bewirken.

Neben strengen Unfallverhütungsvorschriften und einer guten, durch die Arbeiter bewirkten Kontrolle sind aber doch noch andere Mittel erforderlich, um der wachsenden Unfallgefahr entgegenzuarbeiten. Und sehr beachtlich sind die Anregungen, die ein Ingenieur, Dr. Ing. Ernst Barten, in einem kürzlich erschienenen Buche\* gibt. Er wendet sich im wesentlichen an die Ingenieure, die eine Kulturaufgabe dadurch leisten könnten, daß sie bei der Konstruktion der Maschinen auch den Unfallgefahr als vollwertigen Konstruktions-

faktor berücksichtigen. Heute, sagt Barten, werde bei der Konstruktion von Maschinen nur der Zweck ins Auge gefaßt, die Unfallverhütungseinrichtung ist dann nur ein Beiwerk, das oft hinderlich in der Arbeit ist und daher vielfach beseitigt wird, oder es bietet überhaupt keinen Schutz. Gehe aber der Ingenieur von vornherein an seine Aufgabe heran, eine Maschine zu konstruieren, welche auch den Zweck habe, Unfälle unmöglich zu machen, werde also die Unfallverhütung ein Hauptbestandteil der Konstruktion, so bedürfte es keiner besonderen Schutzvorrichtung mehr. Und dieses Problem sei sehr wohl zu lösen und eine Verhütung zahlreicher Unfälle auf rein technischen Wege zu bewirken. Was für die einzelne Maschine gilt, das trifft auch auf die gesamten Betriebsanlagen und auf vieles Handwerkszeug und Geräte zu. Jede Maschine sei die Verkörperung des Denkens und Empfindens ihres Schöpfers, sagt Barten. Wenn der Ingenieur von der Notwendigkeit der Unfallverhütung durchdrungen sei, könne er diesen Gedanken durch die Gestaltung der Maschinen und durch die Betriebsleitung zum Ausdruck bringen und werde dadurch auch erzieherisch wirken. Die Erzeugnisse des menschlichen Geistes, die durch menschliche Fertigkeiten hergestellten Einrichtungen, sind naturgemäß der Herrschaft des Menschen in weit höherem Maße unterworfen als diejenigen Vorgänge, bei welchen die Naturkräfte freier und ungezügelt auf den menschlichen Körper einzuwirken vermögen. Die Gefahren, die durch Werke von Menschenhänden geschaffen sind, sind auch durch Menschenhände wieder zu beheben.

Das ist gewiß richtig und muß erstrebt werden. Hinderlich ist aber, daß der Profit des Unternehmers das Leitmotiv der gesamten Produktion ist, weshalb auch die Maschinen und Betriebseinrichtungen in erster Linie in Rücksicht auf die „Rentabilität“ gestaltet werden. Das liegt im Wesen der kapitalistischen Produktion. Eine Produktionsweise dagegen, die nicht den Profit des einzelnen, sondern das Interesse der Gesamtheit zum Ziele hat, wird sich auch in der Konstruktion der Maschinen und Einrichtung von Betrieben nur von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Eine sozialistische Gesellschaft kann daher auch die Unfälle auf ein geringes Minimum beschränken, was der Ingenieur Barten in dem erwähnten Buche zeigt. Aber mit dem nötigen Druck auf die Unternehmer läßt sich auch schon in der technischen Unfallverhütung viel erreichen, läßt sich ein großer Teil der Unfälle verhindern.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Das überschlane Marineamt.

In den Leipziger „Neuesten Nachrichten“, denen andere geheimerstichtige Blätter, die gute Beziehungen zum Reichsmarineamt pflegen, sicherlich folgen werden, wird Reichstagsabgeordneter Genosse Severing wegen seiner in der Budgetkommission des Reichstags über die Schlamperie auf der Danziger Marinewerft vorgebrachten Beschwerden in ganz unqualifizierbarer Weise angegriffen und verhöhnt, und es wird die Sache so dargestellt, als ob alle Anklagen Severings in sich zusammengebrochen wären.

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Behauptungen Severings durch die Untersuchung keineswegs widerlegt sind. Severing hatte behauptet, im Jahre 1906 seien von einem Torpedoboote Messing- und andere Gegenstände im Werte von mindestens 500 Mk. als Überbestand über Bord geworfen worden; das gleiche sei im Frühjahr 1909 auf Kessort I in Wilhelmshaven geschehen; in Kiel habe man kostbares Steinmaterial zum Unterbau für eine Kesselanlage verwendet, ferner habe die Marineverwaltung gereinigtes Leinen, das sie als Putzzeug gekauft hatte, wieder verkauft und schließlich dreimal so teuer zurückgekauft! Als der Arbeiterausschuß einen Vorschlag machte, wie man billigeres und besseres Putzzeug beschaffen könne, sei ihm von der Verwaltung bedeutet worden, daß ihn das nichts angehe! Weiter hätten Hochseeschiffe, die in Kiel stationiert seien, in Wilhelmshaven Kohlen genommen, aber anstatt nun eine entsprechende Berechnung vorzunehmen, hätte die Verwaltung die betreffende Menge Kohlen von Kiel nach Wilhelmshaven transportieren lassen. Alle diese Mitteilungen Severings über Schlamperie und unsinnige Verwaltungspraktiken der Werften sind bisher nicht widerlegt!

Die weitere Behauptung Severings, daß auf der Danziger Werft Köcher ins Eis geschlagen und in diese wertvolle Gegenstände verfenkt seien, ist von den angeklagten Beamten unter sucht, und es ist nach dem hierüber aufgenommenen Protokoll natürlich „nichts Wertvolles gefunden“ worden. Das

Loch sei, so heißt es im Protokoll, in das Eis geschlagen worden, damit man bei Ausbruch eines Feuers Wasser schöpfen könne! In der Severingschen Zeichnung waren aber mehrere Verankerungen angegeben, die indes nach den Versicherungen des Werftdirektors von Schimmelmann nicht vorhanden gewesen sein sollen.

Dieses Ergebnis der Untersuchung, mit welchem sich bezeichnenderweise die bürgerlichen Vertreter in der Kommission mit Ausnahme von Herrn Mugdan sämtlich einverstanden erklärten, beweist herzlich wenig. Die Gewährsmänner Severings bleiben bei ihrer Behauptung, sie können aber mit ihrer Person nicht einspringen, weil sie ohne Zweifel sofortige Maßregelung zu gewärtigen hätten und ihnen ihr ferneres Fortkommen durch die Werftverwaltung nach Möglichkeit erschwert werden würde.

Weiter darf man bei Beurteilung der ganzen Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren, daß die in den Protokollen niedergelegten Aussagen die Bekundungen von Personen sind, die beschuldigt werden, unrecht gehandelt zu haben! Es sind also die Angeklagten zum Richter über sich selber gesetzt! Wenn die leitenden Personen des Reichsmarineamts von der Unschuld der in Frage kommenden Beamten überzeugt sind, weshalb haben sie sich denn so sehr gegen den Vorschlag des Abg. Mugdan gestraubt, dem Genossen Severing die Möglichkeit zu geben, der Untersuchung beizuwohnen? Der sozialdemokratische Redner soll eben unrecht behalten, und die Marinebureaukratie soll geschützt werden.

Herr v. Tirpitz fordert nun, daß Severing seine Behauptungen außerhalb des Hauses wiederhole, damit das Gericht sich mit der Angelegenheit befassen könne! Das heißt auf Deutsch: Die Marineverwaltung will in der bekannten Weise wegen irgend eines nebensächlichen Punktes Strafverfolgung stellen und dann aus der wegen eines beliebigen nebensächlichen Punktes oder wegen formaler Gründe erfolgten Beurteilung die Haltlosigkeit aller Angriffe behaupten; ferner aber aus den zu jenem Prozeß geladenen Zeugen die Severingschen Gewährsmänner herausfinden und sich an ihnen rächen!

Anstatt also Ordnung zu schaffen und die Schuldigen zur Bestrafung zu ziehen, stellte man dem sozialdemokratischen Abgeordneten eine Falle, um an seinen Gewährsmännern Rache zu üben.

Das Ende der „Nationalzeitung“.

Das offizielle Berliner Organ der Nationalliberalen, die „Nationalzeitung“ stellt mit dem 31. März ihr Erscheinen ein. Die Nationalliberalen versügen dann in Berlin nur noch über die „Nationalliberale Korrespondenz“.

Mit der „Nationalzeitung“ ist es bereits seit einigen Jahren in scharfem Tempo bergab gegangen. Vor einiger Zeit wurde das Blatt mit der freikonservativen „Post“ verschmolzen und treibt seitdem nur noch auf der ersten Seite nationalliberale Politik, das übrige war der vollständige Text der „Post“. Für den „Aufschwung“ der Nationalliberalen spricht es gerade nicht, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ein eigenes politisches Organ in Berlin erhalten zu können.

Der preussische Eisenbahnminister und die Fahrkartensteuer.

In der Budgetkommission des preussischen Landtages stellte der Eisenbahnminister fest, daß im Jahre 1906 durch die Fahrkartensteuer in wenigen Monaten ein Einnahmeausfall von 7—8 Millionen Mark entstanden sei. Die Ursache war die Abwanderung in die niedrigeren Klassen. Die Aufhebung der Fahrkartensteuer halte er für dringend notwendig. Leider sei aber nicht damit zu rechnen, daß man im Reichstage mit diesem Vorschlage durchdringen könne. Auch von einer Umänderung der Fahrkartensteuer dürfe man nichts erwarten.

Der Minister erwägt nunmehr die Frage, ob es nicht angezeigt sei, den Fahrpreis für Benutzung der 1. Wagenklasse herabzusetzen, wodurch dann die Steuer in dieser Klasse ganz von selbst niedriger würde.

Der verstorbene Reichstagspräsident und die Sozialdemokratie.

In einer Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Partei wurde beschlossen, die Fraktionsmitglieder, die es ermöglichen können, zur Beteiligung an der Trauerfeier in Berlin aufzufordern und zur Beilegung in Dönhofsplatz zwei Mitglieder zu delegieren. Die Genossen Mollath und Sildikum erklärten sich zur Übernahme dieses Auftrages bereit. Die Fraktion wird ferner einen Antrag stellen, um auch auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen, daß sie dem gemeinsamen Präsidenten des Reichstages die letzten Ehren erweisen will. In der Fraktionsbesprechung wurde allseitig anerkannt, daß der verstorbene Präsident, obgleich seine Parteianhänger von den unsren weit entfernt waren, sich doch stets ernst-

\* Notwendigkeit, Erfolge und Ziele der technischen Unfallverhütung. Von Dr. Ing. Ernst Barten. Groß-Dichterfelde 1909. Verlag der Arbeiter-Versorgung.

sch bemüht hat, seines schwierigen Amtes nach allen Seiten hin unparteiisch zu wachen, und daß er den Mitgliedern des Hauses bei den häufig erforderlichen persönlichen Rücksprachen stets freundlich entgegenkam.

### Die liberale Einigkeit.

In Stuttgart trat am verflochtenen Sonntag die deutsche Volkspartei zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Den Bericht über das Einigungsprogramm erstattete der Reichs- und Landtagsabgeordnete Bayer, der mit tränenreicher Phrasendrescherei über den jämmerlichen Verfall des Süddeutschen Liberalismus hinwegzutauschen versuchte. In höflicher Rede erklärte er besonders die programmatische Entredung der Frauen für eine Folge der natürlichen Trennung der Geschlechter, er erinnerte an die entscheidenden Jugendtage der Partei, die sich bis zur Unkenntlichkeit umgewandelt habe und empfahl schließlich, wie es bei alten Jungfrauen Sitte ist, die Interessensuche mit dem norddeutschen Liberalismus, denn schwer und bitter ist das Süddeutschen. In der Debatte erlobte der Münchener Professor Quidde einige Bedenken gegen die Einigung, Konrad Hausmann vermittelte den freisinnigen Wahlrechtskämpfern in Preußen die Grüße der süddeutschen Freisinnsmänner, worauf die Versammlung ein begeistertes Ende nahm. Am 6. März ist Hochzeit im liberalen Lager.

### Zentrum und Reichswertzuwachssteuer.

Bei den soeben beendeten Staatsberatungen der Stadtverordneten in Köln befaßten sich mehrere Redner mit der Reichswertzuwachssteuer, deren Einführung von allen Seiten als eine schlimme Schädigung der Gemeinden bezeichnet wurde, denen die Besteuerung des unverdienlichen Wertzuwachses in den Städten deshalb allein zustehe, weil der Wertzuwachs von den Gemeinden durch große Ausgaben und Lasten geschaffen werde. Die liberalen Redner warften dem Zentrum vor, daß es, um die Besitzenden und die Steuerbetrüger zu schonen, den Agrariern zuliebe die Erbschaftsteuer niedergestimmt und dafür die Reichswertzuwachssteuer gutgeheißen habe. Der Kölner Zentrumsführer, Justizrat Hausen, vertrat entschieden den Standpunkt, daß die Wertzuwachssteuer den Gemeinden gehöre; wenn die Vorlage der Regierung komme, die den Wertzuwachs endgültig für das Reich festlegen wolle, so werde man dagegen von allen Seiten Sturm laufen und die Regierung werde diesem Sturme nachgeben. Ein Zentrumsführer hofft also, daß die Regierung die Gemeinden vor der Ausführung eines vom Reichstagszentrum im Interesse der Agrarier mitgeschlossenen städtischen Beschlusses schützen werde. Ein zweiter Zentrumsredner, Justizrat Krings, vertrat einen ähnlichen Standpunkt; Herr Trimborn wurde wegen seiner Haltung zur Reichswertzuwachssteuer scharf angegriffen, aber von keinem der Zentrumsredner verteidigt.

### Die preussische Mißgeburt.

Ein Wolffisches Telegramm meldet: Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses nahm einen kombinierten Antrag der Konservativen auf Beibehaltung der indirekten Wahl, und des Zentrums auf Einführung der bereits früher im Prinzip beschlossenen geheimen Wahl an. Ein Antrag auf getrennte Abstimmung über diese beiden Teile wurde vorher gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt. Für den kombinierten Antrag stimmten neben dem Zentrum und den Konservativen die Nationalliberalen. Der Minister des Innern hatte erklärt, daß die Regierung bei Annahme des kombinierten Antrages kaum noch großen Wert auf ein positives Ergebnis legen könne.

Das Resultat ist also: An der Regierungsvorlage wird ohne die Absicht einer Verbesserung etwas herumgeflickt, um der Regierung einen Vorwand zu geben, das ganze Machwerk zurückzuziehen, worauf dann die „Reform“ weiter im Schoße der Zeit schlummern mag. So löst man das bekannte „Königswort“ ein und es bleibt doch alles beim alten. Nur hat diese Politik den Fehler, allzu plump zu sein.

Das preussische Volk wird sich durch die Spiegelfechtereie, die Sunker und Pfaffen unter Mitwirkung der als Statisten dienenden liberalen Maßbürger aufzuführen, nicht irre machen lassen, sondern sein Recht weiter fordern. Die Farce der Kommissionsberatung wird die Empörung über die Preussenschaube nur noch steigern. Dessen sind wir sicher!

### Die „unpolitischen“ deutschen Turner.

Unsere „nationalen“ Turnvereine betonen bekanntlich bei jeder Gelegenheit, daß sie unpolitischen Charakters seien, was sie allerdings nicht hindert, nach Herzenslust die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu bekämpfen.

Kürzlich hielt der Deutsch-Bölkische Turnverein „Schwarz-Rot-Gold“ zu Magdeburg eine Versammlung ab, in der ein Dr. jur. Albrecht einen Vortrag über die Frage hielt: „Weshalb sind wir genötigt, vom nationalen Standpunkte aus eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen? Das ist ein politisches Thema und damit wieder einmal der Beweis erbracht, daß in diesen Turnvereinen Politik getrieben wird. Die Versammlungsteilnehmer waren durch Zirkular eingeladen worden, aber nicht nur die erwachsenen männlichen und weiblichen Mitglieder des Vereins, sondern auch die Jugendabteilung.

Das Reichsvereinsgesetz untersagt der Jugend bekanntlich jede Beteiligung an politischen Versammlungen, und die Behörden wachen eifrig über die Innehaltung dieser Bestimmung, wie ihr Vorgehen gegen die freien Jugendorganisationen beweist. Im vorliegenden Falle scheinen die Behörden aber nicht eingegriffen zu haben, denn die Versammlung war bereits am 5. Februar, und bisher hat man nichts von derartigen Maßnahmen gehört.

Der Vorstand stellt seinen „liebverehrten Turnschwestern und Turnbrüdern“ weitere „derartige Abende“ in Aussicht. Ob er auch zu den anderen Abenden die Saalgebäude einladet?

### Die Frankfurter Polizei.

In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung in Frankfurt a. M. wurden von den Sozialdemokraten und Demokraten Anfragen an den Magistrat über das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Wahlrechtskundgebungen gerichtet. Oberbürgermeister Adickes gab eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Über die außerordentlich beklagenswerten Vorgänge vom 13. Februar und 17. Februar fanden eingehende Besprechungen zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat statt, in denen ersterer einerseits die Notwendigkeit polizeilicher Einschreiten gegen die Widerlichkeiten und Ungehelichkeiten betonte, andererseits wiederholt seine Bereitwilligkeit aus sprach, die ihm vorgetragene Beschwerden über angebliche Mißgriffe einzelner Polizeiorgane zu prüfen und, falls das Ergebnis der Untersuchung es erforderlich machen sollte, die nötige Remedur einzuleiten zu lassen. Der Magistrat kann nur dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß zur Vermeidung der Wiederkehr solcher den guten Ruf unserer Stadt und ihre wirtschaftlichen Interessen schwer schädigenden Vorgänge bei der Verfolgung von Bestrebungen auf Änderung der gesetzlichen Bestimmungen alles unterlassen werden möge, was nach dem bestehenden Rechte ein polizeiliches Einschreiten mit allen seinen nicht vorherzusehenden Konsequenzen mit Notwendigkeit herbeiführen muß. Wer im jetzigen Augenblick unternimmt, das in dem bestehenden Gesetz nicht anerkannte Naturrecht auf die Straße zu erzwingen, nimmt eine überaus große Verantwortung auf sich. Der Magistrat warnt eindringlich vor solchem Vorgehen.“ — Nach lauten, teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Mittelstandsparteiler folgende Erklärung beschlossen: Mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten der Polizeiorgane am 13. Februar geeignet war, sowohl das verfassungsmäßige Recht öffentlicher Kundgebungen und die Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden, wie auch den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, ersuchen wir den Magistrat, an zuständiger Stelle Verwahrung einzulegen, damit die Wiederkehr solcher Vorgänge vermieden wird.“

### Sturm im elsäß-lothringischen Landesausschuß.

Im elsäß-lothringischen Landesausschuß kam es Dienstag bei der zweiten Lesung des Etats zu hitzigen Szenen. Der Skandal dauerte während der ganzen Sitzung an und erinnerte an geradezu österreichische Verhältnisse.

Bei der Beratung der Bezüge des Statthalters brach der Kampf aus. Der Abgeordnete Blumenthal warf der Regierung vor, daß sie auf Umwegen eine vom Landesausschuß bereits abgelehnte Position wieder eingestellt habe und verlangte von ihr, daß sie die Beschlüsse des Hauses respektiere. In einem noch viel schärferen Tonsprache sprach dann der Abg. Preiß (Zentrum). Er erklärte, es sei geradezu unerhört, daß man vom Regierungssitze aus es wage, dem Landesausschuß diese Zustimmung zu machen.

Der Regierungsvertreter, Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach, wandte sich gegen diese Kraftworte. Abg. Preiß sprach dann von „unlauteren Manipulationen.“ Als der Staatssekretär erwiderte, daß er nur auf die Tribüne wirken wolle, rief der Abg. Preiß: „Unverschämte.“ Es kam dann zu einem sehr erregten Disput, wobei der Staatssekretär den Abgeordneten aufforderte, ihn außerhalb des Hauses zur Rede zu stellen. (Zwischenruf: „Mit dem Florett in der Hand.“)

Diese Debatte nahm dann eine noch viel schärfere Gestalt an, als der Abg. Preiß auf eine Äußerung des Staatssekretärs zu sprechen kam, daß er der Sproß eines alten Adelsgeschlechtes sei. Preiß erklärte, daß er von den Sprößlingen alter Adelsgeschlechter, ob sie Friseur, Kellner oder Minister seien, nur verlange, daß sie ihre Pflicht erfüllen. Gewisse Minister seien aber so international angelegt, daß sie in stände sind, jeder Regierung zu dienen, woher sie auch komme.

Eine womöglich noch gesteigerte Wiederholung dieser Debatten gab es bei dem Titel: Etat des Ministeriums. Abg. Wetterle, der erst vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden ist, in dem er eine zwei-monatige Strafe verbüßt hatte, eröffnete das Gespräch, indem er die bekannte Hundeaßäre wieder aufrührte und behauptete, die damaligen Angriffe auf den Staatssekretär seien aus den Kreisen der Beamten hervorgegangen. Er machte ziemlich deutliche Anspielungen auf einen in der Nähe des Staatssekretärs sitzenden Beamten. Diese Anspielungen wiederholte in viel deutlicherer Weise der Abgeordnete Preiß, als er auf Grund von Zeitungsnotizen den Unterstaatssekretär Mandel aufforderte zu erklären, ob er selbst nicht derjenige sei, der diese Sophismen gegen seine Vorgesetzten in die Zeitungen lanciert habe, oder ob er nicht wisse, wer der Verfasser sei. Es kam zu sehr erregten Szenen, in deren Verlauf der Unterstaatssekretär und der Staatssekretär sich sehr entschieden gegen den Abgeordneten wandten. Der Abgeordnete Preiß wiederholte aber seine Frage noch einmal und erklärte, daß er auf der Beantwortung bestehen müsse. Er wurde mehrfach zur Ordnung gerufen. Der Staatssekretär lehnte es ab, auf die Frage zu antworten und bemerkte, man werfe ihm Treubruch vor. Der Statthalter selbst, Freiherr Jörn von Bulach, erklärte, es käme so weit, daß die Mitglieder der Regierung von ihren Plätzen herabsteigen würden, um dem Abgeordneten Preiß die Antwort zu geben, die er verdiene. Es kam nach dieser ziemlich deutlichen körperlichen Drohung noch zu einer Fortsetzung der Debatte, die aber nichts Bemerkenswertes weiter brachte.

Es wurde dann noch die Ausweisung des Schweizer Wegelin zur Sprache gebracht, wobei die Regierung sich bereit erklärte, evtl. den Fall noch einmal zu untersuchen.

In großer Erregung ging das Haus auseinander.

### Ostereich-Ungarn.

Bosnien vor Mecklenburg! In der bosnischen Hauptstadt Serajewo wurde am Sonntag mittag durch den Landesherzog die Verfassung feierlich proklamiert. Die Proklamation wurde gleichzeitig im ganzen Lande verbreitet. — Hier geht es rascher vorwärts als im allen Ostereichlande, das geographisch zu Mitteleuropa gerechnet wird.

### England.

Die Thronrede. Anlässlich der Eröffnung der Parlamentsstagung verlas der König folgende Thronrede: Meine Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten sind fortgesetzt die freundschaftlichsten. Die Einführung des neuen Regimes in Südafrika erfolgt Ende Mai. Während dieser Zeit wird eine neue Regierung gebildet sein. Hierauf wird das neue Parlament zusammentreten. Ich werde meinen Sohn, den Prinzen von Wales, beauftragen, im Herbst eine umfassende Reise nach sämtlichen südafrikanischen Kolonien zu unternehmen, um in meinem Namen die erste Tagung des südafrikanischen Parlaments zu eröffnen und auch in meinem Namen und in dem des Kaiserreichs diesem Parlament unsere Wünsche für die Ausdehnung und das Wohlergehen der Bevölkerung zu übermitteln. Das Budget für das nächste Rechnungsjahr wird rechtzeitig eingebracht werden. Das Budget ist verfaßt worden mit Rücksicht auf die notwendigen Ersparnisse. Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung des Reiches und speziell der Marine haben bedeutend mehr Ausgaben veranlaßt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. Februar.

Die Ehrung des Genossen August Bebel, welche der Sozialdemokratische Verein am gestrigen Abend im Gewerkschaftshaus veranstaltet hatte, legte bereites Zeugnis ab für die Liebe und Verehrung, die auch die klassenbewusste Arbeiterchaft Lübecks für ihren großen Vorkämpfer fühlt. Bereits lange vor Beginn der Feier war der große Saal und die Galerien mit festlich gekleideten Genossinnen und Genossen dicht besetzt. Und noch immer strömten die Massen heran. Viele mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Kurz nach 8 Uhr ertönten die feierlichen Klänge des Einzugsmarsches der Gäste aus Wagners „Tannhäuser“ und eröffneten das Programm. Nach dem noch zwei weitere Musikstücke von den Mitgliedern des Musikervereins in exakter Weise zum Vortrag gebracht worden waren und reiche Anerkennung gefunden hatten, rezitierte Herr Mittel Karl Henckels wichtige Dichtungen „An das Proletariat“ und „Das Ausnahmefest“, wofür ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. Nach der schwungvollen Wiedergabe des Uthmannschen Liedes „Empor zum Licht“ durch den Gesangverein „Eintracht“ nahm Genosse Kagenstein in Berlin das Wort zu einer einständigen Festrede. In äußerst temperamentvoller und feiselnder Weise schilderte Redner den Werdegang und das Wirken unseres August Bebel und gab damit zugleich ein Stück Parteigeschichte, die ja gewissermaßen durch den Geseierten verkörpert wird. Mit einem dreifachen Jubelad aufgenommenen Hoch auf das Geburtstagskind schloß Genosse Kagenstein seine Ausführungen, die rauschende Zustimmung der Festteilnehmer fanden. Gemeinsame Gesänge, hübsch ausgeführte Musikstücke, markige Liedervorträge der Gesangvereine „Eintracht“, „Einigkeit“, „Freiheit“ und „Eiche“ sowie Rezitationen bildeten den weiteren Teil des Programms, das allseitige Befriedigung erregte. Ein Wunsch, der zugleich eine Kritik in sich schließt, sei bei dieser Gelegenheit ausgesprochen, nämlich der, daß in Zukunft Konzerte auch die ihnen gebührende Beachtung bei allen Erschienenen finden mögen. Es gibt leider immer noch Leute, die glauben, daß es sich während der Musikvorträge am besten plaudert und die deshalb gerade in dieser Zeit sich möglichst laut unterhalten. Dadurch bringen sie aber im Grunde nur andere und sich um einen Genuß. Die feierliche Feierlichkeit verlor in würdiger und harmonischer Weise und wird wohl allen denen, die daran teilnahmen, noch lange in bester Erinnerung bleiben.

Der Entwurf zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben unseres Staates ist soeben an die Mitglieder der Bürgerschaft verteilt worden. Er weicht in seiner Anordnung von der früheren Form recht weitentlich ab, da in ihm erstmalig, wie das auch bei früheren Budgetberatungen von der Bürgerschaft gewünscht wurde, das Staatsbudget, der Voranschlag der Verwaltungsbehörden und der Haushalt der Allgemeinen Armenanstalt zu einem Voranschlag zusammengedrängt sind. Der Senat erachtet diese Vereinigung der drei einzelnen Budgets als einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustande. Durch die Zusammenfassung der drei Budgets sind die Schlüsselziffern des Voranschlages für 1910 erheblich höher als in früheren Jahren. Es sind veranschlagt die Einnahmen zu 13 536 615,21 Mk. gegen 9 712 743,67 Mk. in 1909; die Ausgaben einschließlich eines Fehlbetrages von 139 625,99 Mk. aus dem Jahre 1908 zu 14 033 201,57 Mk. gegen 9 803 064,42 Mk. in 1909, so daß ein Fehlbetrag von 4 69 586,36 Mk. gegen 90 320,95 Mk. in 1909 vorhanden ist. Der Voranschlag von 1910, verglichen mit demjenigen von 1909 ergibt eine Steigerung der Einnahme um 3 850 871,54 Mk., der Ausgabe um 4 280 136,95 Mk. und des Fehlbetrages um 379 265,41 Mk. Zur Deckung des Fehlbetrages beantragt der Senat einen Zuschlag von 16 Prozent zur Einkommensteuer, der mit 1200 Mark beginnenden Steuerklasse. Bei der Aufstellung des Staatshaushalts für 1910 sind die beantragte Erhöhung der Beamteneinkälter und die Errihtung einer Ruhegeldkasse nicht berücksichtigt. Die hierfür erforderlichen Ausgaben, veranschlagt zu 423 000 Mk., würden zu dem Fehlbetrage noch hinzukommen, wenn die Senatsanträge in der vorgeschlagenen Fassung angenommen werden.

Die Mietenüberschreitungen der für den Neubau des Stadttheaters bewilligten Mittel werden demnach die Bürgerschaft beschäftigen. Nach einer an die Bürgerschaftsmitglieder umgeteilten Übersicht stellen sich die Überschreitungen auf nicht weniger als insgesamt 328 500 Mk.; sie verteilen sich auf Überschreitungen, die schon bei der Verbindung entstanden sind, 29 800 Mk.; auf Mehrkosten der künstlichen Grundung des Baues 91 400 Mk.; Mehrkosten, die durch Mängel des Kostenanschlages verursacht sind, 46 600 Mk.; Mehrkosten durch während der Bauzeit aufgetretene besondere Bedürfnisse, 106 700 Mk., und Mehrkosten, die auf die kurze Bauzeit zurückzuführen sind, 54 000 Mk. Die Gesamtkosten des Stadttheaters mit Saalbau stellen sich jetzt — ohne den Wert des Grundstückes — auf 2 436 607,14 Mk.

Jahresbericht des Verbandes der Brauereiarbeiter, Zahlreiche Lübeck, für 1909. Das Jahr 1909 war für die Brauereiarbeiter im großen und ganzen recht ungünstig, wenn auch die Klassenverhältnisse der hiesigen Zahlstelle erfreulicherweise sich zufriedenstellend gestalteten. Die Gesamteinnahme betrug 4884,30 Mk., der eine Ausgabe von 1956,46 Mk. gegenüberstand. An die Hauptkasse konnten 2922,04 Mk. abgeschickt werden. An Unterstützungen wurden rund 1700 Mk. abgeschickt. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 20 Vorstand- und Kommissionssitzungen, sowie in 11 Mitgliederversammlungen und einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung erledigt. Die Mitgliederzahl stieg in der ersten Hälfte des Berichtsjahres infolge einer Hausagitation auf über 200. Außer kleineren Differenzen in den einzelnen



Amstb. z. 1. April abgchl. gr. B. 3.  
Wohn. m. Zubeh. z. vnt. Brichstr. 7.1.  
Def. z. mitte April 1 Wohn. von  
8. 3. u. Zubeh. in c. Gartenh. i. d.  
Nähe d. Strakenb. z. Nr. d. 850 Nr.  
d. 2 ruh. Damen. Ang. u. M. G. 3. G. v.  
**Partoffelland** zu vermieten  
(Zettland).  
J. Kloth, Etoceladorf.

**Guterh. Schraubstock**  
zu kaufen gesucht.  
Angeh. u. SH an die Exp. d. Bl.  
Post neuer Ständerwagen u. gut-  
erhaltener Gehrock zu verkaufen  
Schwartau, Lübeckstraße 7.

**Ein Sofa Tisch**  
zu verkaufen Nativstraße 27.  
Wickelformen, 2 Labakpressen,  
1 Arbeitstisch, 1 Rude (2 m Front)  
zu verk. Albert Meyer, Cnaelgar 80.

Darleh. Vertriebsf., Wangelb  
an jed. Mann u. gütst. Beding.  
A. Reiche, Breiterstr. 51, II. Et.,  
2ter Aufgang.

**Empfehlungstafeln** ::  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.  
Johannisstraße 46.

Ja. Hofbutter pr. Rfd. 1.40 Mt.  
10 Stück frische Eier 60 Pfg.  
empfiehlt  
Wilhelm Süfke, Warenvorpstr. 25.

**Feinste Kartoffeln**  
Nr. 5.50; hochfein gelbflechte  
Magnum bonum, französische und  
Gesellschaftskartoffeln, billig, frei  
Haus. Wiederverkäufers Aus-  
nahmepreise. Empfehle noch einen  
kleinen Kisten Futterkartoffeln.  
C. Heese, Weierstr. 26, T. 1440

**Salon-Brifetts**  
Abnahme von 5 Btr. a 3tr. 95 Pf.,  
ab Bahn frei Haus. Bestellungen  
nehme bis morgen Donnerstag ent-  
gegen. C. Prestin, Wiedestr. 33.  
Kopf und Bein pro Rfd. 25 Pf.  
M. Labrtz, Böttcherstr. 16.



Hochfeine  
**Matjes-Heringe**  
soweit Vorrat reicht  
pro Stück 10 und 15 Pfg  
H. H. Holtermann,  
Marktwiese 4.

**Siner sage es  
dem anderen!**  
Den besten u. billigsten  
**Sohlen-Ausschnitt**  
kauft man in der Lederhandlung  
von  
**Wilhelm Grube,**  
28 Bülowstr. 28.



**HANSA**  
**Puddingpulver**  
ist das Beste!  
Nährmittel-Fabrik „Hansa“  
Hamburg.  
Für 50 „Hansa“-Düten erhalten  
Sie eine Dose ff. Kakes gratis.  
Hans Wilms, I. Wallstraße 15 a.  
Telephon 2065.

**Achtung!**  
**Zentralverband der Maurer,  
Zimmerer u. Bauhilfsarbeiter!**  
Hilfszahlstelle Schlutup.

**Extra-Versammlung**  
am Sonntag, dem 27. Februar  
nachmittags 3 Uhr  
bei Herrn Freese, „Gasthof zur Linde“.  
Tagesordnung:  
1. Die diesjährige Lohnbewegung und die Tarifverhand-  
lungen mit dem Arbeitgeberverband für das Bau-  
gewerbe zu Lübeck.  
2. Bericht von den Verhandlungen.  
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Kollegen von  
Schlutup und Umgegend erscheinen.  
Die Zweigvereinsvorstände.

**Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.**

Einladung zur Feier des  
**21. Stiftungs-Festes**  
der  
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei  
am Montag, dem 28. Februar 1910  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50-52  
bestehend in  
Konzert, Rezitationen u. Gesangsvorträgen  
unter freundlicher Mitwirkung des Herrn von Schenk  
nebst Frau (Mitglieder des hiesigen Stadttheaters).  
Lokalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

**Lübeck, auf dem Burgfeld.**  
Nur ganz kurze Zeit.  
**Eine absolute Neuheit !!**  
Eröffnung Donnerstag, den 24. Februar,  
nachmittags 5 Uhr.  
Mit Sonderzug, 20 Eisenbahnwagen, eingetroffen.  
**Haases**  
**Elektrisch konzentrische  
Stufenbahn**  
im Prachtbau.  
Vornehmstes Familien-Vergnügungs-Etablissement  
des Kontinents.  
**Monumental-Prachtbau.**  
Märchenhafte Ausstattung! Feenhaft Beleuchtung!  
4000 Glühlampen, 44 Bogenlampen!  
Die schönste und größte Konzertsorgel der Welt  
mit den neuesten Schlagern.  
Jeden Mittwoch und Sonnabend von 4-7 Uhr nachmittags:  
**Großes Kinderfest.**  
Büfett mit Erfrischungen aller Art.  
Geöffnet an den Wochentagen von 4 Uhr nachmittags  
bis 11 Uhr abends.  
Sonntags von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.  
Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.  
Parie neue elegante  
**Herren- und Jünglings-Anzüge**  
Wert bis 42 Mt., jetzt a. Aus-  
suchen 16.50 Mt.  
Bestergrube 24, Zaden.

**Sozialdemokratischer Verein**  
**Schwartau-Renfeld.**

**Versammlung**  
Donnerstag, 24. Febr.  
im Gasthof Trausvaal (R. Pinter).  
Tages-Ordnung:  
1. Beibehaltung des Wahlbonds.  
2. Beschlußfassung über die Ratifizierung.  
3. Einführung der Verhältniswahl.  
4. Berichtigendes.  
Um zahlreichen Besuch ersucht  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Zentralverband d. Maurer**  
**Bau delegierten-Sitzung**  
am Donnerstag, 24. d. M.,  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Alle Bauten müssen vertreten sein.  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Hansa-Theater**

Anr bis 27. Februar  
täglich 8 Uhr:  
**Ein ruhiges Zimmer  
zu vermieten.**  
Pantomimen-Ges. Maory  
(7 Personen).  
**5 Romantiques**  
4 Bernhardt, 3 Cornells,  
2 Percell, Feld, Kastenborn,  
Libellen.

**Stadthallentheater.**  
Freitag, 25. Februar. 7 1/2 Uhr.  
**Martha.**  
Oper von Fr. von Flotow.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14 und  
Rab, Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 24. Febr. 7 1/2 Uhr.  
Doll-Ab. 138. Donnerstag-Ab. 22.  
Gastspiel Louise Buers-Mark  
vom Stadttheater in Kiel.  
**Carmen.**  
Carmen. Louise Buers-Mark a. G.  
Freitag, 25. Febr. Ab. 7 1/2 Uhr.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel von Hermann Bahr.  
NB. Die verehrlichen Abonnenten  
werden höflich ersucht, die letzte  
Abonnements-Rate von Donner-  
stag, 24. Februar, bis inkl. Sonn-  
abend, 26. Februar, gegen Em-  
pfangnahme der Abonn.-Karten in  
der Theater-Kanzlei von 10-1 Uhr  
und 5-7 Uhr einzuzahlen.

**Unübertroffen**  
ist der  
**Echt dänische Kautabak**  
der Firma: C. W. Obel, Aalborg.  
Größte Fabrik Dänemarks.  
General-Vertretung und Engros-Verkauf für Deutschland:  
N. Holm & Co., Altona, b. gr. Jäger 24.

Zu haben in Lübeck bei:  
Carl Lohmann, Holstenstr. 41 (Ecke Obertrave 1).  
Carl Wittfoot, Huxstrasse 18.  
H. Schering, An der Mauer 104.

**Knorr's**  
**Hahn-Maccaroni**  
unübertroffen!

**Knorr's**  
**Suppen.**  
fix und fertig-3Teller 10Pfg.  
Jedes Paket enthält 1 Gutschein. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.  
(Pariser Kinema)  
Zoologischer Garten in Antwerpen (Natur). — Fang des Wären.  
Schmann ist da. — Der Pechvogel. — Das Zintensjaf.  
Verpäteter Bräutigam.

**Simone.**  
Der gute Chef.  
Film als Wahrheitsbeweis.

Die Standuhr. — Der denkende Mensch. — Die Zigaretten als Heiler.  
Die Direktion.

## Vom Sklavemarkt der Agrarier.

Die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle Berlin, dieser von der Regierung mit so großen Vorrechten ausgestattete agrarische Arbeitsnachweis hat in Deutschland eine ganze Reihe Filialen, von denen aus den Agrariern die Landarbeiter in ganzen Scharen aus dem Auslande zugeführt werden. Vor uns liegt ein Prospekt der Feldarbeiter-Zentralstelle, der von dem Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig den Agrariern zugestellt worden ist. In diesem Prospekt werden den durchweg wohlhabenden, ja reichen Bauern des Braunschweiger Landes für das Jahr 1910 Landarbeiter und Arbeiterinnen zum Kauf angeboten.

Für die mindestens 12stündige Arbeitszeit einschließlich der Essenspausen wird nach dem Prospekt an Lohn den Arbeitern bezahlt:

Für Wanderarbeiter aus Rußland (fast ausschließlich Polen), Tagelohn wöchentlich oder zweiwöchentlich zahlbar.

|   | Tagelohn: | während der Ernte (6 Wochen) |
|---|-----------|------------------------------|
| a) für Vorarbeiter die sich deutsch verständigen können bei Trupps von über 25 Personen | 2,25 Mk.  | 2,75 Mk.                     |
| b) desgleichen bei Trupps von 15-25 Personen  | 2,- "     | 2,50 "                       |
| c) für den ersten Arbeiter des Trupps, wenn kein Vorarbeiter gestellt wird.             | 1,80 "    | 2,30 "                       |
| d) für Männer und starke Burschen, die mähen können.                                    | 1,70 "    | 2,20 "                       |
| e) für andere Männer und starke Burschen  | 1,40 "    | 1,80 "                       |
| f) für Frauen, Mädchen und schwächere Burschen.   | 1,20 "    | 1,60 "                       |

Ein kräftiger Mann erhält also wöchentlich 8,40 Mk. an Barlohn. Dazu hat der Agrarier dem Arbeiter an Naturalien wöchentlich zu liefern 25 Pfd. Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3 1/2 Liter Vollmilch (täglich 1/2 Liter), 1 Pfd. Mehl. Von diesen Naturalien dürfen die Arbeiter aber nichts verkaufen. Abfälle und Rückstände gehören dem Arbeitgeber. Setzt man diese Naturalien in Geld um, so erhält der vollkräftige Landarbeiter einen Gesamtlohn von 9,50 Mk. oder einen

Stundenlohn von 18,2 Pfg.

Zwar erhält der Landarbeiter auch noch eine freie Lagerstatt, allein wie diese beschaffen ist, weiß jedermann, der die Leute schon einmal in ihrer Behausung besucht hat.

Von dem Tagelohn kann der Arbeitgeber wöchentlich und zwar 10 Wochen lang 3 Mk., bis zum Betrage von 30 Mk. gegen Kontraktbruch zurückbehalten.

Die Wanderarbeiter aus dem östlich von Thorn belegenen Grenzgebieten Rußlands erhalten noch geringere Barlöhne; kräftige Männer bekommen nur 90 Pfg. bis 1 Mk. Tagelohn, also 6 Mk. Wochenlohn, von dem die Hälfte 18 Wochen lang als Kaution zurückbehalten wird. Naturalien erhalten diese Leute wöchentlich im Werte von 4,30 Mk.

Wanderarbeiter, starke Männer aus Galizien werden zu einem Wochenlohn von 6 Mk. und einem Naturallohn von 3,20 Mk., also zu einem Gesamtlohn von 9,20 Mk. angeboten; Wanderarbeiter aus Oberungarn (Deutsche und Slowaken gemischt), zu einem Barlohn von 6,60 Mk. und einem Naturallohn von 3,50 Mark.

Rein slowakischen Arbeitern — immer starken Männern — aus Oberungarn wird ein Wochenlohn von 6 Mk. und ein Naturallohn von 4,80 Mk., bei Wanderarbeitern aus Südbanien ein Barlohn von 7,20 Mk. und ein Naturallohn von 3,80 Mk. gezahlt.

Die Lohnzahlung ist dabei je nach der Nationalität der Arbeiter sehr verschieden. So erhalten die Arbeiter aus Oberungarn ihren Lohn überhaupt erst nach Beendigung der Arbeitszeit im Herbst. Abschlagszahlungen sind den Leuten nur wöchentlich oder zweiwöchentlich zu gewähren, aber nur bis zur Hälfte des verdienten Lohnes. In den ersten 4 Arbeitswochen erfolgt überhaupt keine Abschlagszahlung. Die Kaution wird in allen Fällen erst im Herbst zurückgezahlt.

Die Feldarbeiter-Zentrale scheint bei ihrer Arbeitsvermittlung schon reiche Erfahrungen gesammelt zu haben. Sie weiß genau, welche ausländischen Arbeiter am meisten kontraktbrüchig werden. Die slowakischen Arbeiter sind ihr am sichersten. Denn nur bei diesen verpflichtet sich die Zentrale, Ersatzarbeiter für Kontraktbrüchige, frei Wahlstation des Arbeitortes zu stellen, während sie diese Verpflichtung frei Grenze bei den übrigen Nationalitäten nur dann eingieht, wenn die Arbeiter in den ersten 14 Tagen kontraktbrüchig werden. Aberstunden sind in allen Fällen mit 15 Pfennigen (1) für Männer und mit 10 Pfennigen für Frauen, Mädchen und Burschen zu bezahlen.

Die „Verpflegung“ der Landarbeiter auf der Reise wird wie folgt berechnet:

Für einen halben Tag unterwegs in der Herberge 30 Pfg., für den ganzen Tag 60 Pfg., für ein Nachtlois 25 Pfg. Zehrgehalt wird zugestanden: bis zum Grenzamt überhaupt nichts, von hier auf 100 km bis zur Arbeitsstelle wieder nichts;

von 100 km bis 300 km 25 Pfg.  
von 300 " " 600 " 50  
über 600 " " 1000 " 1.- Mk.

Diese Verpflegungs- bzw. Zehrgehalte werden den Arbeitern aber noch ebenso als Lohnvorschuß an gerechnet, wie eine Legitimierungsgebühr an der Grenze im Betrage von 2 Mk. für jeden Arbeiter und werden vom Lohn wieder in Abzug gebracht. Als Vermittlungsgebühr haben die Landwirte für jede Arbeitsperson nach einem spezialisierten Tarif 1-5 Mk. zu entrichten, je nach dem Lande, aus dem Arbeiter bezogen werden und je nach der Zahl der verlangten Arbeitskräfte.

## Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Auf einer Wahlkreis-Konferenz in Worms wurde Arbeitersekretär Genosse Engelmann zum Reichstagskandidaten für den Kreis Worms aufgestellt.

Protest gegen die Polizeibrutalität in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Parteiorganisationen haben beschlossen, am Mittwoch in 9 Versammlungen Stellung gegen die Polizeibrutalität anlässlich der Demonstrationen zu nehmen. Die bürgerliche Presse, u. a. auch die „Frankfurter Zeitung“, nimmt von den Veranstaltungen in sympathischer Weise Notiz. Wie verlautet, sollen zur Unterstützung der dortigen Geheimpolizei 100 Berliner Kriminalpolizisten nach Frankfurt a. M. überwiesen werden, weil die dortigen schon zu sehr bekannt seien.

## Gewerkschaftsbewegung.

Streikbrecherstrafe. Der Führer der Sozialdemokraten in der mittelfränkischen Kreisstadt, Gemeindevorstandsmächtiger (Stadtverordneter) Genosse Moil, war mit 2 anderen Genossen beschuldigt, während des Ansbacher Maurerstreiks im vorigen Sommer eine Anzahl Arbeitswillige durch Beleidigungen und Drohungen eingeschüchert zu haben. Besonders dem Genossen Moil war damals in der Scharfmacherpresse ein ganz rohes und rowdymäßiges Verhalten

zur Last gelegt. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß alles Schwindel ist, alle drei Angeklagten wurden freigesprochen. Es ergab sich dabei die interessante Tatsache, daß die angeblich mißhandelten Arbeitswilligen gar keine Anzeige erstattet haben, sondern daß der Denunziant ein hervorragender Demokrat ist.

Von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. In der Seifenfabrik von G. A. Gäßler in Dresden wurde wegen Krankheit ein älterer Arbeiter ohne weiteres entlassen, der schon über 29 Jahre im Betriebe beschäftigt war und mit Prinzipal und Meister immer auf gutem Fuße gestanden hat. Folgendes Zeugnis wurde ihm zur Erinnerung ausgestellt und mitgegeben:

Zeugnis.  
Inhaber dieses Zeugnisses, Herr A. A. aus Dresden, war vom 1. Juni 1880 bis 1. Oktober 1909 als Arbeiter bei mir beschäftigt. Er hat sich während dieser Zeit als treu, fleißig und ehrlich erwiesen und sich durch seine gute Führung ausgezeichnet. Sein Austritt erfolgt wegen Krankheit.  
Am 10. 12. 09.

G. A. Gäßler.  
Neben dem neuen Beweis für die Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter ist es besonders interessant, daß dieser Fall sich in einem Betriebe zutrug, in dem die Arbeiter bei der im Vorjahre eingeleiteten Lohnbewegung zur Erzielung besserer Löhne sich ängstlich hielten, der Betriebsleitung wehe zu tun. Sie schlossen sich aus diesem Grunde auch dem Vorgehen der anderen Betriebe, das Gewerbegericht anzurufen, nicht an, sondern verzichteten auf weitere Schritte, um bei der Geschäftsleitung nicht anzuknurren. Und gerade der Entlassene war der eifrigste Vertreter dieser Zurückhaltung. Der Arbeiterauschuss hatte sich vergeblich bemüht, die Zurücknahme der Entlassung zu erreichen.

Unternehmerhilfe für die Bauherren. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände befaßte sich in seiner kürzlich abgehaltenen Vorstandssitzung mit dem bevorstehenden Kampfe im Baugewerbe. Vaurat Felsch besprach den Stand der Verhandlungen und die Forderungen, die die Arbeitgeber glaubten aufstellen zu müssen, um die Ordnung in ihren Betrieben aufrecht zu erhalten. Als unentbehrliche Forderungen wurden verzeichnet: Die Beibehaltung der Akkordarbeit, Anerkennung der Arbeitgeberernachweise, die Bezahlung der Arbeiter nach ihren Leistungen und das Verbot der Agitation auf den Baustellen. Der Verband stimmte dem zu und versprach für den Fall, daß es in nächster Zeit zum Kampfe im Baugewerbe kommen sollte, dafür Sorge zu tragen, daß die Bauunternehmer von der Industrie und den übrigen organisierten Unternehmern unterstützt werden.

Christliche Schwindeleien. Anlässlich des vorjährigen Streiks der Spiegelglasmacher in Bayern, bei dem die christliche Organisation eine so klägliche Rolle spielte, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weiß, Girschig und Dirschel, von den christlichen Agitatoren in ihrer Presse fortgesetzt in der gehässigsten und verleumderischen Weise verdächtigt, sodas sie gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen mußten. Die Verleumder mußten nun in der letzten Nummer der christlichen Keramik- und Steinarbeiterzeitung folgenden Widerruf erlassen:

In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung aufgestellt, daß der Gemeindeführer Weiß in Marktredwitz beim Glasbleicherstreik im Jahre 1905 für seine Dienstleistungen gegen das Interesse der Arbeiter bei der Firma Kupfer einen Posten angetragen erhalten habe und daß er im Jahre 1909 als Spionageführer und Versammlungsarrangeur hervorragend sich betätigt habe. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1910 in Köln habe ich mich überzeugt, daß diese Behauptungen der Begründung entbehren, und nehme sie daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

M. Fromm.  
Der Verleumder mußte sich außer zu diesem Widerruf auch zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichten. Das „Bamberger Volksblatt“, ein Zentrumsblattchen, brachte die Mitteilung, daß der dortige Vertrauens-

## Arbeiter.

Roman von Alexander S. Kielland.  
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Saraum.

(21. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Nun ja, was liegt daran? Alfred ist vernünftig — ein Mann von Welt! Wenn er einem einfachen Mädchen den Hof macht, so wissen wir, was es zu bedeuten hat. Aber Johann! Du hast nie verstanden, wie gefährlich sein Naturell ist, wie unsäglich einseitig er ist — unter uns gesagt. Setzt er sich erst etwas in den Kopf, so ist er imstande, die größten Dummheiten zu begehen; ja es sollte mich nicht wundern, wenn er eines Tages uns sagte, er wolle sich mit einem solchen Frauenzimmer verheiraten.“

„Aber, beste Adelheide, ich bitte Dich, wie kannst Du so etwas denken! So etwas darf natürlicherweise nicht geschehen, durchaus nicht!“

„Ja, ja, ich habe viel Derartiges erlebt“, entgegnete die Frau Minister; „man sagt so lange: es ist unmöglich — bis der Schaden geschehen ist, und auf einmal sieht man bis über die Ohren im Standal. Nein, dem muß beizugehen, das ist meine Ansicht; und weg soll sie — das abscheuliche rothhaarige Ding! Bedenke doch, Daniel, welch' horribler Geschnack!“

„Du weißt aber doch, daß auch Alfred —“

„Kommst Du nun wieder mit Alfred! Du hast ihn nie leiden mögen. Alfred hat etwas von einem Künstler an sich, wie viele in unserer Familie. Das rote, gegen die weiße Haut abstechende Haar — oder sonst etwas der Art, zieht ihn an. Und überdies — ich denke, Du selbst warst in dem Alter auch nicht so wählerisch — wie?“

Dies Argument war das grobe Geschütz der Frau Minister, das stets den Kampf entschied; überdies war gerade zu Tisch gerufen.

„Wo ist Alfred? fragte der Minister, als nur die Hausmamsell im Wohnzimmer zugegen war.“

„Alfred! Der arme Junge! Er kommt nicht zum Essen“, erwiderte die Gattin, „er war am Vormittage hier und sagte, er wolle aus dem Ministerium sofort zu Grifsen gehen. Du weißt, zu seinem Freunde Kandidat Grifsen, der so krank ist.“

Der Minister machte in seinem stillen Sinn die Bemerkung, daß Kandidat Grifsens Krankheit sehr langwierig sei.

„Aber Hilda? — Wo ist das Fräulein, Mamsell?“ fragte die Frau Minister.

„Das Fräulein kommt sogleich“, erwiderte die Hausmamsell, „sie hat, es möge ihr gesagt werden, wenn angeht, sie ist unten in der Portierwohnung.“

„Hörst Du, Daniel!“ flüsterte die Frau Minister. „Das lästige Ding fängt nun an, sich auch bei der Schwester einzuschmeicheln.“

Als Hilda kam, wollte sie von ihrer neuen Freundin Christine erzählen, aber die Mutter wies sie kurz ab, und da sie auch bei ihrem Vater keine Stütze fand, schwegte sie.

Und im Schmetzen verhartete alle Drei während des Essens — eine verdrossene, ungemütliche Werttagessmahlzeit.

10.

Der Altermann hatte den ganzen Winter hindurch zahlreiche Briefe für Mädel zu schreiben; einmal an Christine, und dann an Andreas wegen der „Sache“, die nie ein Ende nahm. Im Kopf des Altermanns begann sich ein kleines Mißtrauen gegen diesen Onkel Andreas zu regen; es konnte unmöglich seine Wichtigkeit haben mit all diesem Gelde, das unaufhörlich gefordert wurde. Am meisten aber mißfiel ihm das, was Andreas in seinen letzten Briefen von Christine schrieb.

Es konnte aber nichts nützen, etwas Schlimmes über den Bruder zu sagen, denn es hatte bloß zur Folge, daß Mädel in Horn geriet. Deshalb mußte der Altermann alles, was Mädel erpart hatte, fortzuschicken, und als es damit ein Ende nahm, mußte er ihm behilflich sein, Geld zu leihen.

Mädel war über die „Sache“ wie besessen; er dachte an nichts anderes und jeden Tag erwartete er, es solle Botschaft vom König kommen, daß er — Mädel — recht habe.

Der Altermann mußte auch Christine die Ratschläge und Ermahnungen erteilen, deren sie, wie Onkel Andreas vorgab, bedurfte; denn Mädel verlangte auf das Bestimmteste, es solle an sie geschrieben werden, ganz wie der Andreas es haben wollte, denn nur der Andreas verstände es und wäre der einzige, der für alles Rat wüßte.

Deshalb kostete es Christine viele Mühe, die Episteln des Altermanns zu verstehen; es ergriff sie aber ein unbestimmtes Gefühl, daß zu Hause nicht alles in Ordnung sei, obgleich es in jedem Briefe hieß, daß es Mädel in jeder Weise gut ginge. Noch undeutlicher aber kamen ihr die vielen Winke und Andeutungen, die ihr selber gakten, vor. So saß sie eines Tages im Februar

und grübelte über eine Stelle im letzten Briefe des Altermanns:

„Ich habe lange gelebt und vielen Kummer und Hunger gesehen aus Liebe und Betrug, wenn es einer von den feinen Leuten war, denn auf die ist kein Verlaß bei den Mädchen; aber Du sollst beten, Dein Herz möge von der kurzen Liebeslust abgewendet werden und sich einem verständigen Manne zuwenden, wenn er auch etwas alt ist, so tut es nichts, wenn es überstanden ist, wohin gegen ein gutes Auskommen nach meinem Dafürhalten der größte Gewinn und Vorteil ist, notabene auf die Dauer.“

Christine saß noch mit dem Briefe in der Hand, als sie Fräulein Hilda droben auf der Straße am Fenster vorbeigehen und in den Lormeg einbiegen sah. Es war Hilda's feste Gewohnheit, bei Christine einzutreten, wenn sie aus der Stadt kam, sodas sie sich halb in Gedanken erhob und die Türe öffnete.

Hilda wollte erst vorbeigehen; nachdem sie sich aber vorsichtig nach allen Seiten umgesehen hatte, huschte sie hinter und schloß die Türe hinter sich.

Christine betrachtete sie erstaunt.

„Du mußt niemand sagen, daß ich hier gewesen bin, Christine! Mama hat es mir verboten, zu Dir zu gehen!“

„Weshalb?“ fragte Christine ernst.

„Das kann ich Dir nicht sagen“, erwiderte Hilda und sah zur Seite, „aber ich glaube gewiß, daß es nicht wahr ist, was Mama sagt.“

„Was sagt Deine Mutter?“ wiederholte Christine in demselben Tone.

„Ach nein, frage mich nicht, Christine!“ — bat Hilda und wollte wieder gehen.

„Ich will es wissen“, sagte Christine und faßte sie am Arm.

„Sie sagt, wir kämen zu oft hierher —“

„Wer?“

„Ich — und — und —“

„Und? — wer sonst?“

„Die Brüder, namentlich Johann, sagt die Mutter, ich glaube es aber gar nicht; ich bin nur so bange vor Mama.“

Christine ließ sie los, und da Onkel Andreas gerade eintrat, schlüpfte Hilda wieder hinaus — verwirrt und unglücklich über das, was sie getan hatte.

(Fortsetzung folgt.)





